

## „Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung.“ Walther Rathenau und die Friedensfrage

### I.

„Der Schritt war übereilt. [...] Nicht im Weichen musste man Verhandlungen beginnen, sondern zuerst die Front befestigen. [...] Die verfrühte Bitte um Waffenstillstand war ein Fehler. [...] Wer die Nerven verloren hat, muss ersetzt werden. [...] Die nationale Verteidigung, die Erhebung des Volkes muss eingeleitet, ein Verteidigungsamt errichtet werden. [...] Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung.“

Mit seinem anklagenden Aufruf „Ein dunkler Tag“ vom 7. Oktober 1918<sup>1</sup> reagierte Walther Rathenau auf das seiner Meinung nach übereilte und damit verfehlte, von der Obersten Heeresleitung der politischen Führung abverlangte Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 3. Oktober 1918. Sein Anliegen war, nicht den Krieg zu verlängern, was ihm sofort vorgeworfen wurde, sondern bessere Bedingungen für einen Waffenstillstand zu schaffen, aber vor allem auch einen Bürgerkrieg zu verhindern und die vermeintliche Gefahr der „Bolschewisierung“ Deutschlands abzuwehren. In dieser Absicht rief er zur nationalen Verteidigung, zur „Erhebung des Volkes“ auf. Ein aus Bürgern und Soldaten bestehendes Verteidigungsamt sollte eingerichtet werden mit der primären Aufgabe, möglichst umgehend nicht nur die sich in der Etappe befindenden Soldaten, sondern zusätzlich alle Wehrfähigen zu erfassen und diese ebenfalls an die Westfront zu schicken. Denn nur eine erneuerte und gestärkte Front könnte bessere Bedingungen für einen Waffenstillstand und Voraussetzung eines gerechten, würdigen Friedens schaffen, einen „Frieden in Ehren“.<sup>2</sup>

Bereits am 9. Oktober 1918 verdeutlichte Rathenau dem in diesen Tagen zum Kriegsminister ernannten General Scheüch seine Motive. Den als Be-

1 Walther Rathenau: Ein dunkler Tag. In: Vossische Zeitung v. 7.10.18, abgedruckt in Ders.: Nach der Flut. Berlin 1919, S. 49-51, jetzt auch in Walther Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914-1919. Hrsg. von Alexander Jaser und Wolfgang Michalka (= Walther Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. 3). Düsseldorf 2017, S. 494-498.

2 Walther Rathenau: Festigkeit! In: Berliner Tageblatt v. 2.10.1918, jetzt in Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 486.

dingung für die Waffenstillstandsverhandlungen geforderten Rückzug der Truppen würde das Ende der Verteidigungsfähigkeit, somit „Ergebung auf Gnade und Ungnade“ zur Konsequenz haben. Um eine bedingungslose Kapitulation zu vermeiden, müsste seiner Ansicht nach die Front sechs bis neun Monate gehalten werden, um Aufschub für einen geordneten Rückzug gewinnen zu können. Und für einen von ihm geforderten Volkskrieg müsse „die Organisation der Kriegführung“ geändert werden. Aber auch eine Demobilisierungsstelle sollte geschaffen werden, um bürgerkriegsähnliche Zustände vermeiden zu können.

Rathenau, der bereits vor 1914 auf die akute Gefahr und die fatalen Folgen eines Krieges aufmerksam gemacht und dann während des Krieges auf die Sinnlosigkeit dieses machtpolitischen Konfliktes immer wieder hingewiesen hatte, rief exakt zum Zeitpunkt, an dem der Krieg beendet werden sollte, zu einem Volkskrieg auf und damit zur Verlängerung des Krieges.

Er kritisierte, dass, wie er später formulierte, „Konkurs statt Liquidation“ angemeldet worden sei. Er sah einen von den Siegermächten aufgezwungenen Diktatfrieden voraus und befürchtete Revolution und Bürgerkrieg im Innern.

Rathenaus Aufruf entfachte eine heftige Diskussion sowohl in politischen als auch militärischen Kreisen sowie in der Tagespresse und Öffentlichkeit.<sup>3</sup>

„Die Agitation wegen meines Aufsatzes in der ›Voß‹ ist nicht sachlich; denn es ist die 4 Wochen weitergekämpft worden, die unter allen Umständen nötig waren –, nur sind diese vier Wochen für den Friedensschluß verloren. Das bedeutet den Verlust eines Menschenalters deutscher Wirtschaft.“<sup>4</sup>

So rechtfertigte Rathenau seinen Aufruf. Dieser hatte „eine sehr zwiespältige, teils empörende, teils geradezu nervenzerreißende Wirkung gehabt“.<sup>5</sup> Rathenau konnte nicht ahnen, dass er mit seinem Artikel bereits der kommenden „Dolchstoßlegende“ die Umrissvorzeichnungen würde

3 Vgl. dazu jetzt Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Bonn 2017, S. 29 ff. und vor allem auch Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923. München 2018, S. 237 ff.

4 An Arthur Holitscher, 21.11.18. In: Walther Rathenau: Briefe 1871-1922. Hrsg. von Alexander Jaser, Clemens Picht und Ernst Schulin (= Walther Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. 5, 1 u. 2). Düsseldorf 2006, S. 2026.

5 Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. 2. verb. Aufl. Göttingen/Zürich 1992, S. 93.

## II.

Zu fragen ist, wie sich Rathenaus Vorstellungen über die Beendigung des Krieges sowie sein Bild von einem zu schließenden Frieden entwickelten. Rathenau hatte nicht zu denen gezählt, die mit einem kurzen Krieg rechneten. Diese Annahme verwarf er als illusionär, als falsch. Selbst beim möglichen Ausscheiden Frankreichs und später auch Russlands vertrat er die Überzeugung, dass es mit England zu einem langjährigen, von Deutschland letztlich nicht zu gewinnenden Wirtschaftskrieg kommen würde. Seine skeptische Analyse entsprach ganz und gar seinem bereits vor 1914 entwickelten und in verschiedenen Schriften dargelegten Bild vom Krieg, das neben machtpolitisch-militärische vor allem aber wirtschaftliche Elemente aufwies.<sup>6</sup>

Schon zu Kriegsbeginn, bereits am 28. August 1914, wandte er sich mit einer Denkschrift an Reichskanzler von Bethmann Hollweg, in der er einen „künftigen Friedensschluss mit Frankreich“ anregte als notwendige Voraussetzung dafür, langfristig eine Einigung mit England erzielen zu können.<sup>7</sup>

Und am 7. September 1914 schrieb er erneut an Bethmann Hollweg. Es mache keinen Sinn, Krieg mit dem Ziel zu führen, Frankreich einen Friedensvertrag zu diktieren. Denn Großbritannien werde weiterkämpfen. Und er fügte hinzu:

„Unter diesen Umständen erscheint es als der stärkste Umschwung unserer Politik, wenn wir Frankreich zu einem freiwilligen Frieden gewinnen, der die Lage unserem eigentlichen Feinde, England, gegenüber vollkommen verändert. Es entspräche dies der Friedenspolitik von 1866.“<sup>8</sup>

Am 28. September 1914 wird Rathenau in einem Schreiben noch deutlicher, warum er einen baldigen Friedensschluss mit Frankreich als Gebot der Stunde forderte: „[...] was ich als höchstes und glücklichstes Ergebnis des Krieges ersehne, ist ein unauflösliches Bündnis mit Frankreich.“<sup>9</sup>

Und am 10. Oktober 1914: „Ich würde ein[e] solche[s] für eine Erleichterung der künftigen Friedensverhandlungen ansehen.“<sup>10</sup> Und weiter: „Der leidenschaftliche Neid und Haß der Welt, der in diesem Kriege sich ausdrückt, läßt sich nicht durch Furcht bändigen; er muß in sich gemildert werden, und ich würde es als das größte Glück ansehen, wenn es uns gelänge, einen sol-

6 Vgl. u.a. Wolfgang Michalka: »Wir müssen unsere Wiedergeburt in uns selbst finden.« Rathenau über Krieg und Katastrophen, Einkehr und Wiedergeburt. In: Christof Dipper u.a. (Hrsg.): Krieg, Frieden und Demokratie. Frankfurt a. M. u. a. 2001, S. 119-136.

7 Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 898-900.

8 Ebd., S. 908-914, hier S. 911.

9 An Frederik van Eeden. In: Rathenau: Briefe (wie Anm. 4), S. 1374-1376, hier S. 1375.

10 An Gerhard von Mutius. In: Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 927-930, hier S. 927.

chen Frieden mit Frankreich zu schaffen, der uns den Feind in einen Bundesgenossen verwandelte. [...] Der künftige Friedensschluß wird für uns um so stärker sein, je versöhnlicher er ist.“

Seiner Überzeugung nach werde der Krieg ein langer sein, und er mahnte, das wirtschaftlich-militärische Potential Englands nicht zu unterschätzen. In diesem Sinne musste Rathenau England letztendlich als den Schlüssel zum Frieden begreifen.

Ein entscheidendes und von Rathenau von Anfang an und immer häufiger vorgebrachtes Argument waren die Kriegskosten. Diese würden alle Kriegführenden betreffen und letztendlich zu einer Verarmung Europas führen. Schon Ende 1914 nannte er die Summe von 150 Milliarden, die pro Jahr für die Kriegführung von allen Beteiligten ausgegeben werden müssten – einen Betrag, den Rathenau immer wieder anführen sollte: „Europa erleidet durch den Krieg einen Verlust von etwa 150 Milliarden, eine Summe, die sich aus den direkten und indirekten Kriegskosten, aus der Zerstörung an Gütern und den Kosten der Wiederherstellung und ähnlichen Dingen unschwer errechnen läßt.“<sup>11</sup>

In seinem Vortrag über „Probleme der Friedenswirtschaft“ vom 18. Dezember 1916<sup>12</sup> fasste Rathenau die vom Krieg verursachten Kosten für Deutschland zusammen und skizzierte die zu erwartenden Folgen auch für Europa.

Seine Prognose für Frankreich fiel um nichts besser aus; denn der westliche Nachbar würde aus dem Krieg so sehr geschwächt hervorgehen, dass es „auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabfallen“ werde. Aber auch Großbritannien müsse mit erheblichen Einbußen zu rechnen haben. Alleinigere Nutznießer würden die Vereinigten Staaten sein: „Die Hegemonie der Angelsachsen geht auf die Vereinigten Staaten über, London wird eine Filiale von Newyork.“

Trotz dieser zu erwartenden Einbußen und Machtverschiebungen werde allerdings Frankreich ohne England keine Friedensgespräche führen und London keinerlei Einlenken zeigen, so dass für Rathenau die USA letztlich eine entscheidende Rolle bei den anzubahnenden Friedenssondierungen spielen müssten.

Ohne offiziellen Auftrag nützte Rathenau seine guten Kontakte zum amerikanischen Botschafter in Berlin James W. Gerard. Über ihr Treffen berichtete er ausführlich Staatssekretär Jagow.<sup>13</sup> Er erhoffte sich, mit Hilfe der Vereinigten Staaten die bedrohliche wirtschaftliche Einschnürung des Deut-

11 Dazu und im Folgenden vgl. Walther Rathenau: Wirtschaftliche Zukunftsgedanken, 18.4.15, jetzt in ebd., S. 61-65, hier S. 62.

12 Ebd., S. 154-176.

13 Ebd., S. 1480-1482.

schen Reiches lockern zu können. Außerdem könnten Waffen- und Munitionslieferungen auf neutralen Schiffen unterbunden werden.

In seiner Schrift „Friedenswege“ aus dem Jahre 1916 argumentierte er, dass wohl keine der gegnerischen Mächte aus dem Krieg vorzeitig ausscheiden werde, „wenn sie nicht unvorhergesehene und unverantwortliche Fehler“<sup>14</sup> machen würde.

Aber – und das führte Rathenau als neues Argument ein – es sei eine neue Lage eingetreten, die eine Weiterführung des Krieges immer unverantwortlicher mache: „Der Krieg ist stationär geworden.“<sup>15</sup> Es gehe jetzt nicht mehr um Raumgewinn, sondern einzig und allein um das Aushalten im kräfteverzehrenden Stellungskrieg: „Alle Nationen wissen, dass jeder Tag des Kampfes unwiederbringlich ihre materielle Zukunft schwächt, und auch die nicht-beteiligten Staaten werden unter der Verarmung Europas schwer zu leiden haben.“ Aufgrund dieser Tatsache sei – so Rathenau – mit einem baldigen Kriegsende überhaupt nicht mehr zu rechnen und noch viel weniger mit irgendeinem nennenswerten Vorteil für einen der Kriegsgegner. Es sei deshalb „der größte und frivolste Fehler in diesem Kriege“, wenn irgendeine Nation von sich behaupten würde, dass die Zeit für sie arbeite;

„die Zeit arbeitet gegen alle, so daß der Friede, der im Jahre 1918 oder 1922 oder 1930 geschlossen werden wird, genau der gleiche sein werde, wie er im Jahre 1916 erreicht werden würde, wenn die Mächte sich entschlossen, in ernste Verhandlung zu treten.“

Am 26. April 1917 wandte er sich erneut an Reichskanzler Bethmann Hollweg mit einer Denkschrift,<sup>16</sup> die eine Neuorientierung der deutschen Kriegführung, besonders aber der deutschen Politik forderte: Wie immer auch der Krieg enden möge, gehe man einer veränderten Weltordnung entgegen, politisch, wirtschaftlich und sozial. Ihr gerecht zu werden, bedürfe es schöpferischer Ideen. Ausführlich legte er dem Reichskanzler seine Vorstellungen einer Übergangs- und Nachkriegswirtschaft dar, die zu einem neuen Wirtschaftssystem führen werde. Bereits im Krieg, der Unsummen an menschlichen und materiellen Gütern verschlingen und vernichten werde, sei es notwendig, die kommende Wirtschaft zu planen und vorzubereiten.

Wenn der Krieg überhaupt einen Sinn haben sollte, so müsse er zu einer grundlegenden inneren Reform führen, wie das nach den Niederlagen gegen Napoleon in den Jahren 1806/07 in Preußen der Fall gewesen sei und von Rathenau immer wieder als leuchtendes Beispiel propagiert wurde: „Wir müssen unsere Wiedergeburt in uns selbst finden.“

14 Walther Rathenau: Friedenswege, 17. Juli 1916. In: Ebd., S. 140-144, hier S. 141.

15 Ebd., S. 142.

16 Ebd., S. 1634-1638.

Nun, im Jahre 1917, glaubte Rathenau, doch noch Möglichkeiten für Deutschland erkennen, das Blatt wenden und den Krieg beenden zu können. Denn die revolutionären Veränderungen in Russland hätten veränderte Bedingungen und damit neue Aussichten geschaffen, dem Krieg ein Ende zu setzen. Hatte er bereits im Sommer 1916 über einen Separatfrieden mit Russland spekuliert,<sup>17</sup> so schrieb er am 8. Mai 1917 erneut an Bethmann Hollweg<sup>18</sup> und erklärte, dass in Russland die Friedensneigung deutlich gewachsen sei, allerdings würden die Hemmungen, durch einen Separatfrieden mit Deutschland die eigenen Kampfgenossen zu verraten, nicht ohne Weiteres zu überwinden sein. Trotzdem glaubte Rathenau, die sich verbreitende Kriegsmüdigkeit nützen und sowohl Österreich als auch die Türkei bei den aufzunehmenden Friedenssondierungen vorschicken zu können. Sein „paradox erscheinender Gedanke“ zielte darauf, dass sozusagen auf einer „Nebenbühne“ Österreich-Ungarn und die Türkei mit dem sich revolutionär auflösenden Russland Friedensgespräche aufnehmen sollten, so dass das umworbene Russland zumindest nach außen seine Bündnispflicht England und Frankreich gegenüber nicht verletzen müsste, da ja das Deutsche Reich an diesen Sondierungen für einen Separatfrieden nicht direkt beteiligt wäre. Die erhoffte Folge würde sein, dass ein neutrales Österreich nicht mehr von Deutschland militärisch gestützt und gehalten werden müsse und dass damit auch die Ostfront wesentlich entlastet werden könnte. Eine von Rathenau schon mehrfach angeregte und für Deutschland lebensnotwendig erachtete „wirtschaftliche Durchdringung“ Russlands könnte hier ihren für alle Partner nutzbringenden Anfang finden.<sup>19</sup> Das angestrebte Ziel müsse sein, „dass praktisch Rußland für uns endgültig aus der Reihe der Feinde ausscheidet“.

Insgesamt würde diese neu zu schaffende Situation auf einen Separatfrieden auch mit Deutschland hinauslaufen, was wiederum auch im Westen erhebliche Auswirkungen haben könnte. Vor allem Frankreich „käme zum ers-

17 Das wissen wir von den Tagebuchaufzeichnungen Harry Graf Kesslers vom 13. Juni 1916, vgl. Harry Graf Kessler: Das Tagebuch Bd. V: 1914-1916. Herausgegeben Günter Riederer und Ulrich Ott unter Mitarbeit von Christoph Hilse und Janna Brechmacher. Stuttgart 2008, S. 551.

18 Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 1647-1650.

19 Vgl. jetzt auch Leonhard: Friede (wie Anm. 3), S. 125 u. 129. Verwiesen wird auf ein das traditionelle »Mitteleuropa-Projekt« ablösendes »eurasisches Konzept«, das neue, vor allem wirtschaftliche Perspektiven eröffnen und die alliierte Blockade Deutschlands zu umgehen versprach. Denn wichtige Rohstoffe, auf die Deutschland für die Kriegführung angewiesen war, wie Eisen und Mangan hätten aus der Ukraine, Kuba und dem Kaukasus eingeführt, Öl aus Baku, Getreide aus der Ukraine und Baumwolle aus Persien bezogen werden können. Vgl. dazu auch Wolfgang Michalka: »Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung«. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Friedens- und Kriegsziel. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867-1922. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute. New York/Berlin 1993, S. 179-188.

tenmal in diesem Kriege in die Lage, mit der Miene der Resignation zu erklären, man habe zwar gesiegt, aber durch Rußlands Schuld lassen sich die Früchte des Sieges nicht gewinnen, und infolgedessen könne man sich mit Ehren zurückziehen“. Rathenaus Vorschläge erhielten Unterstützung von Seiten der militärischen Führung, u.a. von General Hans von Seeckt, der als Militärberater der osmanischen Armee für eine enge militärische Zusammenarbeit mit Sowjetrußland eintrat.<sup>20</sup>

Es ist bekannt, dass die Entwicklung im Osten anders verlief. Auch den schließlich im Frühjahr 1918 mit Rußland geschlossenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk konnte Rathenau nicht gutheißen.

Einen letzten Versuch zu einem Friedensschluss startete er selbst wenige Tage vor dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches, als er sich am 17. Oktober 1918 in einem offenen Brief an den amerikanischen Präsidenten,<sup>21</sup> den der deutsche Reichskanzler unterschreiben sollte, wenden wollte. Auch dieser Versuch war vergebens, wurde der Brief doch gar nicht abgesandt.

Rathenaus Zukunftsprognose sah insgesamt sehr düster aus. Sollte es zu einem Frieden kommen, dann werde dieser seiner Einschätzung nach ein „kurzer Waffenstillstand sein, und die Zahl der kommenden Kriege unabsehbar, die besten Nationen werden hinsinken, und die Welt wird verelenden“. Um dies zu verhindern, müsse der kommende Frieden wirtschaftlich begründet werden. In diesem Sinne hatte er sich schon nach der verlorenen Marne-schlacht im September 1914 Alfred Kerr gegenüber geäußert: „Ich bin gewiss: die letzte Entscheidung in dieser ganzen Sinnlosigkeit wird nicht durch einen ›Sieg‹ herbeigeführt, sondern durch einen ökonomischen Vergleich zwischen den Partnern; darauf kommt es hinaus.“<sup>22</sup>

Er folgerte, dass „Privatleute von internationaler Erfahrung und internationalem Ansehen ohne Auftrag auf eignen Antrieb sich begegnen“ sollten, „um festzustellen, ob die Ansprüche ihrer Nationen wirklich so unüberbrückbare Gegensätze darstellen, um die Vernichtung und Schädigung von jährlich fünf Millionen Menschenleben und die Ausgabe von jährlich mehr als hundert Milliarden europäischen Vermögens auf unbestimmte Zeit zu rechtfertigen“.<sup>23</sup>

Rathenau empfahl deshalb eine gütlich-einvernehmliche und vor allem dauerhafte Lösung des militärischen Konflikts. Unabhängige Wirtschaftsprüfer sollten gegenseitig das jeweilige Wirtschaftspotential begutachten und auf dieser Grundlage den Krieg „liquidieren“.

20 Vgl. ebd.

21 Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 1807-1809.

22 Alfred Kerr: Walther Rathenau. Erinnerungen eines Freundes. Amsterdam 1935, S. 163; vgl. auch Rathenau: Friedenswege (wie Anm. 14), S. 143.

23 Rathenau: Friedenswege (wie Anm. 14), S. 140-146, hier S. 143 f.

Weiterhin regte er die Gründung eines Völkerbunds an, aber auch Schiedsgerichte sowie generelle Abrüstung als unverzichtbare Voraussetzungen einer stabilen und dauerhaften Friedensordnung standen auf seiner Agenda: „Doch alles bleibt wirkungslos, sofern nicht als erstes ein Wirtschaftsbund, eine Gemeinwirtschaft der Erde geschaffen wird.“<sup>24</sup> Dieser aber wäre so zu verstehen: „Über die Rohstoffe des internationalen Handelns verfügt ein zwischenstaatliches Syndikat. Sie werden allen Nationen zu gleichen Ursprungsbedingungen zur Verfügung gestellt [...] Die gleiche zwischenstaatliche Behörde regelt die Ausfuhr nach entsprechendem Schlüssel. Jeder Staat kann verlangen, daß die ihm zustehende Ausfuhrquote ihm abgenommen werde.“

Diese zu vereinbarenden grundsätzlichen Bestimmungen würden aus seiner Sicht Garantie dafür bieten, dass „nicht der stille Wirtschaftskrieg in seiner alten Form [...] ausbrechen soll, der entweder zur Verarmung der nicht selbstversorgenden Staatsgruppen oder zu unaufhörlichen Kriegsgewittern führt“.

Rathenau war sich bewusst, dass Jahrzehnte vergehen würden, bis dieses System der internationalen Gemeinwirtschaft voll ausgebaut sein werde: „[...] weiterer Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte bedarf es, um die zwischenstaatliche Anarchie durch eine freiwillig anerkannte oberste Behörde zu ersetzen, die nicht ein Schiedsgericht, sondern eine Wohlfahrtsbehörde sein muß, der als mächtigste aller Exekutiven die Handhabung der Wirtschaftsordnung zur Verfügung steht.“

Rathenau, der vor dem Krieg gewarnt, der diesen als Katastrophe aufgefasst und sich für die baldige Aufnahme von Friedensinitiativen eingesetzt hatte, wurde aufgrund seines Aufrufs „Ein dunkler Tag“ vom 7. Oktober 1918 als Kriegsverlängerer und somit als Befürworter des Krieges angeprangert. Nicht die umstrittenen Entscheidungen der Obersten Heeresleitung und speziell General Ludendorffs standen nun im Zentrum der Kritik, sondern Rathenau, dem verübelt wurde, zu einer „Levée en masse“ aufgerufen zu haben.

Rathenau, der sich missverstanden und zu Unrecht beschuldigt sah, reagierte mit Erklärungen, Rechtfertigungen und Zurückweisungen. Er verteidigte seinen offensichtlich fehlgedeuteten Vorschlag. Hatte er schon in seinen Artikeln „Festigkeit“ und „Die Stunde drängt“ vom 2. und 4. Oktober 1918<sup>25</sup> darauf hingewiesen, dass die deutschen Streitkräfte keineswegs besiegt seien, stünden sie doch nach wie vor weit in Feindes Land, so folgerte er nun, dass ein Waffenstillstandsgesuch, wie es von der OHL gefordert wur-

24 Walther Rathenau: An Deutschlands Jugend (1918). In: Schriften aus Kriegs- und Nachkriegszeit. Berlin 1929, jetzt in Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 404-481, hier S. 455.

25 Ebd., S. 484-488 und 492 f.

de, zur falschen Zeit und mit katastrophalen Folgen von der politischen Führung dem amerikanischen Präsidenten unterbreitet worden sei. Er warnte vor den verheerenden Wirkungen dieses Schrittes auf die kämpfende Truppe und vor dessen schwerwiegenden Folgen für den inneren Frieden. Statt sich auf Gnade und Ungnade dem Gegner auszuliefern, hätten alle noch vorhandenen Kräfte mobilisiert werden müssen, um von einer stärkeren und möglichst gleichberechtigten Position aus einen Waffenstillstand auf Augenhöhe, in der Position „relativer Stärke“ einen Verhandlungsfrieden aushandeln zu können: „Die Zusammenraffung des Volkes, die Gesamterhebung zur nationalen Verteidigung liegt ob [...] Der Volkswiderstand, die nationale Verteidigung, die Erhebung der Massen ist zu schaffen. Nicht zur Eroberung, nicht zur Kriegsverlängerung, sondern zum Frieden. Doch zum würdigen Frieden.“<sup>26</sup>

Eine von militärischer und ziviler Seite zu bildende „Demobilmachungsstelle“ sollte darüber hinaus für die geregelte Zurückführung der Truppen und deren Überführung in das zivile Leben sorgen, wobei der Wirtschaft eine wichtige Rolle zukommen müsste. Nur so könne ein Bürgerkrieg vermieden und vor allem auch die drohende Gefahr einer Bolschewisierung abgewehrt werden. In Reden, Denkschriften und zahlreichen Briefen an führende Militärs und Politiker warb Rathenau für seine Vorschläge und begründete diese auch. Dass er dabei auf seine Erfahrungen und Verdienste beim Aufbau der Kriegsrohstoff-Abteilung (KRA) anspielte und sich selbst für Organisation und Leitung dieses zu schaffenden Amtes in Erinnerung bringen wollte, ist offensichtlich. Dazu kam es aber nicht. Die Demobilmachungsbehörde wurde zwar geschaffen, deren Leiter wurde jedoch Rathenaus Nachfolger in der Kriegsrohstoff-Abteilung Joseph Koeth.

Rathenaus Forderungen stießen auf breite Zustimmung. Selbst die „Deutsche Zeitung“, eine Stimme der Alldeutschen, griff seine Argumente auf. Und Admiral Scheer bescheinigte Rathenau ein „sehr treffendes Urteil“. Im Kabinett des Prinzen Max von Baden wurden Stimmen laut, die zu bedenken gaben, dass es wohl kaum jemand verstehen würde, wenn wir „jetzt, wo wir noch in Feindesland [stehen], die Waffen streckten“. Selbst der sozialdemokratische „Vorwärts“ erklärte, es könnten Umstände eintreten, in denen es besser wäre, weiter zu kämpfen als einen demütigenden Frieden hinzunehmen. Und Friedrich Ebert machte in seiner Rede im Reichstag am 24. Oktober 1918 klar, dass die Sozialdemokraten ihr Land nicht im Stich lassen würden, falls der ersehnte Frieden nicht zustande käme.<sup>27</sup>

26 Walther Rathenau: Die Stunde drängt (4.10.1918). In: Ders.: Nachgelassene Schriften Bd. 1. Berlin 1928, S. 69, jetzt in ebd., S. 492 f.

27 Vgl. Jones: Am Anfang (wie Anm. 3), S. 30.

Ernst Troeltsch war es, der nach Rathenaus Tod, dessen Motive für eine „Levée en masse“ in Erinnerung gerufen hat:

„Rathenau wollte [...] mit allen Mitteln die Abschließung des Waffenstillstandes verhindern, den damals Ludendorff als in 24 Stunden nötig bezeichnete. Seine Weltkenntnis sagte ihm, daß das der politische und wirtschaftliche Tod sein würde. Er wollte damals mit mir zusammen einen Aufruf zur Levée en masse veröffentlichen, um das zu verhindern. Ich war der gleichen Ansicht, meinte aber, diese habe schon stattgefunden, und wenn man keine neuen Führer wisse, so sei erst recht nichts zu hoffen. So hat er den Aufruf allein veröffentlicht. Der übereilte Waffenstillstand und die von ihm befürchteten Folgen traten ein.“<sup>28</sup>

Trotz heftiger Auseinandersetzungen auch in der Öffentlichkeit war es jedoch bezeichnend, dass die militärischen Entscheidungsträger den geforderten Volkskrieg, die Volkserhebung vor dem 11. November 1918 nicht ernsthaft in Betracht gezogen hatten, diese sogar rundherum ablehnten.<sup>29</sup>

An dieser Stelle ist zu fragen, wie realistisch bzw. realisierbar Rathenaus Aufruf war. Der Historiker Gerd Krumeich beantwortet diese Frage in seiner kürzlich erschienenen Untersuchung „Die unbewältigte Niederlage“<sup>30</sup> mit einem eindeutigen Ja. Denn nicht nur die deutschen Truppen standen vor dem Aus, Gleiches hätte auch für die der Alliierten gegolten, zumal die Hilfe der Amerikaner erst langsam Wirkung gezeigt hätte. Neben zahlreichen zustimmenden Reaktionen erhielt Rathenau noch eine besondere „Schützenhilfe“ von Oberst Bauer, der als enger Mitarbeiter Ludendorffs über genaue Kenntnisse der Lage in der Truppe verfügte. Bereits im Frühjahr 1919 erklärte er in seiner Schrift „Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen?“, dass auch die Bevölkerung der Entente-Staaten „kriegsmüde“ gewesen sei, und hätte man in Deutschland nicht die Nerven verloren, sei ein besseres Kriegsergebnis möglich gewesen: „Deutschland ist eine Nasenlänge vor dem Ziel ruhmlos zu Fall gebracht worden.“<sup>31</sup>

Mit seinem „Levée en masse“-Artikel, in dem er gleichsam als „deutscher Gambetta“<sup>32</sup> über eine grundlegende „Mobilisierung“ auch der zivilen Bevölkerung zu einem „Volkskrieg“ aufrief, empfahl Rathenau eine Kriegsförmigkeit, die in den 1920er und 1930er Jahren in Reichswehrkreisen intensiv

28 Ernst Troeltsch: Dem ermordeten Freunde. In: Die Neue Rundschau, 33. Jg., Heft 8, Berlin/Leipzig, August 1922, S. 787-792, hier S. 790, zitiert nach Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 499 f.

29 Leonhard: Friede (wie Anm. 3), S. 284.

30 Gerd Krumeich: Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik. Freiburg/Br. 2018, S. 143 ff.

31 Zitiert ebd., S. 186.

32 So wird Rathenau beispielsweise von Franz Oppenheimer: Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen. Düsseldorf 1964, S. 238 f bezeichnet.

diskutiert und als der „Krieg der Zukunft“<sup>33</sup> angesehen wurde. Als Konsequenz der Niederlage und der vom Versailler Vertrag geforderten Reduzierung der Streitkräfte auf ein 100.000 Mann umfassendes Berufsheer bei Verbot von Angriffswaffen erschien eine Militarisierung und Mobilisierung der Gesellschaft mit dem Ziel einer „totalen“ Kriegführung als zwingend. Die Aufhebung der Grenze zwischen kämpfender Truppe und ziviler Bevölkerung, den gezielt vorbereiteten Guerilla-Krieg und generell die Radikalisierung des Krieges galt es für die Heeresleitung systematisch und langfristig zu planen. Nur so könnte das geschlagene Deutsche Reich aus seiner tiefsten Niederlage eine Perspektive für seinen Wiederaufstieg gewinnen.

Rathenau hatte allerdings andere Zielvorstellungen. Indem er den „Volkskrieg“ forderte, beschwor er doch den „Geist der Befreiungskriege von 1813“, als es darum gegangen sei, sich nicht nur von der Zwangsherrschaft Napoleons zu befreien, sondern vor allem aus der erlittenen Niederlage von Jena und Auerstedt den Willen zur Reform und zu geistiger Wiedergeburt abzuleiten: „Das Herrlichste jener großen Zeit war nicht das Opfer und nicht der Sieg, sondern die Einkehr, die beiden voranschritt. [...] Der Hörige wurde frei, der Bürger verantwortlich, die Söldnertruppen zum Volksheer. Die Regierung gewann Selbständigkeit, das Land selbstverwaltetes Leben.“<sup>34</sup>

Vom 9. November 1918, dem Tag des Umsturzes und der folgenden Abdankung Kaiser Wilhelms II. nahm Rathenau erstaunlicherweise wenig Notiz. Er, der die geistig-moralische Wiedergeburt nach dem Vorbild der Befreiungskriege von 1813 beschworen hatte, teilte Lili Deutsch im November 1918 lapidar mit, dass wir „eigentlich [...] auf den Barrikaden stehen“ sollten, musste ihr dann jedoch gestehen: „[...] aber ich kann nicht, ich kann den Geruch der kleinen Leute nicht vertragen.“<sup>35</sup>

Die Alternative zum Barrikadenkampf sah Rathenau allerdings nicht im passiven Zuwarten. Schon zum 16. November lud er gemeinsam mit Ernst Troeltsch und bekannten Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst zur Gründung eines „Demokratischen Volksbundes“ ein. Und es war Rathenau, der die programmatische Eröffnungsrede<sup>36</sup> hielt. Die Revolution sei zwar das Werk von Soldaten und Arbeitern gewesen, aber das Bürgertum

33 Wilhelm Deist: Die Reichswehr und der Krieg der Zukunft. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 45 (1989), S. 81-92 und vor allem Michael Geyer: Insurrectionary Warfare. The German Debate about a Levée en Masse in October 1918. In: Journal of Modern History 73 (2001), S. 459-527, hier S. 474 f.

34 Walther Rathenau: Das Eumenidenopfer. In: Neue Freie Presse, Wien, 23. März 1913, jetzt in Ders.: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885-1914. Hrsg. von Alexander Jaser (= Walther Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. 1). Düsseldorf 2015, S. 1038-1047, hier S. 1042.

35 Zitiert nach Schulin: Rathenau (wie Anm. 5), S. 96.

36 Walter Rathenau: Rede zu der Versammlung zur Schaffung eines Demokratischen Volksbundes, 16. November 1918. In: Ders.: Gesammelte Reden. Berlin 1924, S. 27-38, jetzt in Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 523-560.

dürfe nicht abseits stehen und sich vom Aufbau eines neuen Staates ausschließen lassen. Und nicht eine weitere Partei, sondern nur die Sammlung aller bürgerlichen Kräfte könne das Gelingen dieser gewaltigen Aufgabe garantieren. Die bald einzuberufende Nationalversammlung müsse daher vom Bürgertum mitgetragen werden. Fast an den klassischen Rütlichswur erinnernd, rief Rathenau zur Bildung eines „Demokratischen Volksbundes“ mit den Worten auf: Dieser werde der erste Bund freier Männer im freien Lande sein.

Auch in Wahlflugblättern forderte Rathenau das baldige Zusammentreten der Nationalversammlung. Entscheidend für ihn war, dass sich das Bürgertum politisch engagieren und Verantwortung übernehmen würde. Hatte er doch schon vor dem Kriege nicht nur der politischen Führung besonders in Preußen, sondern gerade dem Bürgertum selbst vorgehalten, es würde sich von der politischen Verantwortung fernhalten und sich mit wirtschaftlichem Erfolg begnügen.

Der Sozialdemokratie warf er vor, sie würde in der Sozialisierung und Verstaatlichung der Produktionsmittel ihr Heil sehen. Dem hielt er entgegen: „Wir werden eine Wirtschaft errichten, die nicht die marxistische sein wird, die aber allen Gliedern des Volkes mehr Gerechtigkeit, Frieden und Arbeitsfreude bieten wird als die andere und dennoch im Wettbewerb der Völker standhält.“

Das Ziel des wahren und gesunden Sozialismus sei nicht die Verstaatlichung, sondern die Durchstaatlichung; es sei die Ordnung, die „Regelung des bisherigen zuchtlosen und willkürlichen Produktionsvorganges“.<sup>37</sup>

Vorbehalte und Misstrauen, vor allem gegen Rathenau, dem vorgeworfen wurde, er würde eine sozialistische Republik anstreben, ließen dessen politische Initiativen bald scheitern. Nach wenigen Tagen stellte der „Demokratische Volksbund“ sein Bestehen ein. Rathenau schloss sich der Deutschen Demokratischen Partei an, hielt seine erste, gut aufgenommene Wahlrede am 15. Dezember 1918 in Weißwasser,<sup>38</sup> wurde jedoch auf einen aussichtslosen Listenplatz abgedrängt, so dass ihm die Tür zur Nationalversammlung verschlossen blieb.

Rathenau musste erfahren, dass weder die neuen revolutionären Kräfte noch die alten Eliten ihm ihre Zusammenarbeit anboten. Zudem musste er erkennen, dass „zu der Entfremdung zwischen den bürgerlichen Kreisen und

37 Ders.: Die Wirtschaft der Zukunft. Flugblatt vom 29.11.18. in Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 551 ff.

38 Ebd., S. 568-584. Vgl. Ursula Mader: Walther Rathenau in Weißwasser (1918). Zwischen Revolution und Nationalversammlung. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 46 (Dezember 2004), S. 125-152.

mir, die eine Folge meiner Schriften war, eine neue Entfremdung getreten ist. Die Alten sahen in mir die Revolution, die jungen in mir die Reaktion.“<sup>39</sup>

### III.

Es sollte bis zum Frühjahr 1920 dauern, bis Rathenau nach dem Scheitern des Kapp-Putsches in der deutschen Politik wieder ernsthaft eine aktive Rolle spielen konnte. Seine politische Karriere begann als Wiederaufbauminister im Kabinett Joseph Wirth. Nun in staatlicher Position stehend, geriet er zunehmend in das Fadenkreuz rechtsradikaler Kreise, die es nicht überwinden konnten, dass ein Jude politische Verantwortung für Deutschland übernahm. Sein tragisches Ende schien vorgezeichnet zu sein.

Nach dem Krieg sah Rathenau die vordringlichste Aufgabe darin, die komplexe, die deutsche Außenpolitik dominierende Reparationsproblematik dadurch zu entschärfen, sie aus dem Bereich der unversöhnlichen Politik in den der sachlichen und rationalen Wirtschaft zu verlagern und nationale Konflikte durch internationale Verflechtungen abzubauen. Er vertrat eine kompromissbereite Position, um am Verhandlungstisch Zahlungserleichterungen erzielen zu können. Die von den innenpolitischen Gegnern als „Verzichts- und Ausverkaufspolitik“ geschmähte und letztlich missverstandene „Verständigungs- und Erfüllungspolitik“ findet hier ihren Anfang.<sup>40</sup>

Schon im Juli 1919 hatte Rathenau dem Zentrumsminister und damaligen Finanzminister, Matthias Erzberger, sein politisches Programm dargelegt.<sup>41</sup> Das besiegte und durch den seiner Meinung harten Friedensvertrag geknebelte Deutsche Reich müsse in seiner „verzweifelten Lage [...] den beweglichen Punkt [...] finden, von dem aus die ganze Situation aufgerollt werden kann“. Dieser Punkt – so fuhr er fort – liege in Belgien und Nordfrankreich, und zwar beim Problem des Wiederaufbaus. Nicht allein materielle und – wie es die Reparationsforderungen vorsahen – finanzielle Leistungen sollten von dem besiegten Deutschen Reich einseitig erbracht werden, sondern – und darin knüpfte Rathenau an seine bereits vor 1914 entwickelten Europa-pläne an<sup>42</sup> – die betroffenen Nationen sollten gemeinsam mittels wirtschaftlicher Verflechtung die Kriegsschäden beheben. Möglichst „geschäftlich“ und

39 Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 1839 f.

40 Vgl. dazu Wolfgang Michalka: Walther Rathenau – Begründer einer liberalen Außenpolitik? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 9–36 und demnächst ders.: Liquidierung des Krieges und Konsolidierung des Friedens. Walther Rathenaus Konzeption einer liberalen Wirtschaftsaußenpolitik. In: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hrsg.): Weimar und globaler politischer Wandel. Stuttgart 2019.

41 Walther Rathenau: Briefe. Bd. 2. Dresden 1926, S. 167–171.

42 Vgl. dazu ausführlich Michalka: Mitteleuropa (wie Anm. 19).

frei von politischen Ressentiments sollte der europäische Wiederaufbau in Angriff genommen werden.

„Der einzige Weg, der beschritten werden kann, um aus der europäischen Verwirrung herauszukommen, um die Wege der Reparation innerhalb der Grenzen der Möglichkeit zu beschreiten, ist der der verständigen Aussprache und der geschäftlichen Verhandlungen. Diese Dinge müssen aus dem Kreis der Politik herausgehoben werden, sie müssen so behandelt werden, wie wir im Kreise der Industriellen große Fragen und Projekte verhandeln.“<sup>43</sup>

Rathenau empfahl, mit Hilfe der sogenannten „Erfüllungspolitik“ die deutsche Bereitschaft zur Wiedergutmachung verursachter Schäden zu demonstrieren, aber auch die Grenzen, ja letztlich die Unmöglichkeit der geforderten Reparationsleistungen von Deutschland offenkundig zu machen. Die Erfüllungspolitik sei keinesfalls „Selbstzweck“, denn die Revision des Versailler Vertrages würde niemals in Frage gestellt:

„Wir werden erfüllen und werden bis an die Grenze unseres Könnens gehen. [...] Das hindert uns aber nicht, offen davon zu sprechen, daß die Formen, in denen die Erfüllung von uns verlangt wird, nicht entsprechen dem Kraftzustand des Landes, daß sie nicht angepaßt sind unseren deutschen Verhältnissen.“<sup>44</sup>

Mit diesem Verständnis vertrat er einen „kooperativen Revisionismus“.

Nur wenige Wochen nach seiner Ernennung zum Wiederaufbauminister traf er sich im September 1921 mit dem französischen Minister für die befreiten Gebiete, Louis Loucheur, der wie er aus der Elektroindustrie kam, zu Gesprächen in Wiesbaden. Bei dieser bemerkenswerten Begegnung entwickelten die beiden Wirtschaftspolitiker Pläne zur Lösung der Reparationsfrage. Angestrebt war ein umfangreiches Programm an Sachlieferungen, Arbeitsleistungen sowie ein System der Finanzierung und Abrechnung der erbrachten Kriegsentschädigungen. Rathenau entwarf ein europäisches Wiederaufbauprogramm, aufgrund dessen in den verwüsteten Gebieten Frankreichs und Belgiens deutsche Arbeiter konkrete Aufbauleistungen erbringen würden.

Bereits im Herbst 1919 war es zu Verhandlungen um deutsche Kohlelieferungen nach Frankreich gekommen, obwohl diese erst nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 notwendig gewesen wären. Die ge-

43 Walther Rathenau: Rede auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, gehalten in München am 28. September 1921. In: Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 36), S. 252.

44 Walther Rathenau: Rede auf einem Gesellschaftsabend des Hamburgischen Ausschusses für den Aufbau der Friedenswirtschaft, gehalten am 7. Juli 1921. In: Ebd., S. 211. Vgl. Christian Schölzel: Walther Rathenau. Eine Biographie. Paderborn u. a. 2006, S. 306 und passim.

gegenseitige Abhängigkeit machte den Grad der wirtschaftlichen Verflechtung deutlich.

Am 6. Oktober 1921 wurde das Wiesbadener Abkommen unterzeichnet.<sup>45</sup> Die erzielte Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen hatte darüber hinaus zur Folge, dass die Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland aufgehoben wurde. Das Wiesbadener Abkommen aber scheiterte unmittelbar an den Auswirkungen der umstrittenen Oberschlesien-Aufteilung, aber auch, wie schon der Seydoux-Plan, am Widerstand Londons, das ein deutsch-französisches Arrangement befürchtete.

Auch wenn es keineswegs das erfüllte, was man sich von ihm versprach, verstand Rathenau das mit Loucheur ausgehandelte deutsch-französische Abkommen als ersten Schritt hin zu einer kooperativ-kollektiven Wirtschaftsaußenpolitik. Für ihn bedeuteten die Wiesbadener Verhandlungen einen ersten Versuch, auf dem Wege der Verständigung „zur Erträglichkeit der Lasten“.<sup>46</sup>

Indem er die Reparationsproblematik aus dem Bereich der Politik in den der Wirtschaft überleiten wollte und vor allem unabhängige Sachverständige dafür forderte, nahm er die spezifische Form der „Bankers“ und „Business Diplomacy“ vorweg, die sich in der Mitte der zwanziger Jahre sukzessive gegen die nationalistische Machtpolitik durchsetzen konnte. Neben den traditionellen Diplomaten prägten immer mehr wirtschaftliche Experten die internationalen Beziehungen.<sup>47</sup>

Eine kollektive Wirtschaftsverflechtung gleichberechtigter Partner könnte – so argumentierte Rathenau – die vom Krieg emotionalisierte Politik versachlichen und damit auch berechenbarer machen. Entscheidend für ihn war, „diejenigen Wege zu finden, die uns mit der Welt wieder zusammenbringen“ – wie er in seiner Antrittsrede als Minister im Reichstag betonte. Es ging ihm darum, „einen Kontinent wiederherzustellen“, um den „Wiederaufbau der Welt“. Für Deutschland würde dies die Behebung der hohen Arbeitslosigkeit, die Reduzierung des Kapitalmangels bedeuten. Der Aufschwung der durch übersteigerte und nicht zu leistende Reparationszahlungen paralysierten deutschen Wirtschaft könnte dadurch erreicht werden, was wiederum der gesamten europäischen Wirtschaft zugutekommen würde.<sup>48</sup>

45 Vgl. Walther Rathenau: Das Wiesbadener Abkommen. Rede am 9. November 1921. Mit einem einführenden Kommentar von Ursula Mader. Leipzig 2003.

46 Brief an Ernst Lehmann, 21.6.1921. In: Rathenau: Briefe (wie Anm. 4), S. 2584.

47 Vgl. Gottfried Niedhart: Deutsche Geschichte 1918-1933. Politik in der Weimarer Republik und der Sieg der Rechten. Stuttgart u.a. 1994, S. 92 f.

48 Walther Rathenau: Der Höhepunkt des Kapitalismus. Vortrag in der Deutschen Hochschule für Politik am 27. April 1921. In: Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 36), S. 180 und Ders.: Rede auf einem Gesellschaftsabend des Hamburgischen Ausschusses für den Aufbau der Friedenswirtschaft am 7. Juli 1921. In: Ebd., S. 207.

Nicht Widerstand gegen unsinnige Maßnahmen und Forderungen der Alliierten, wie es beispielsweise Hugo Stinnes bei der Reparationskonferenz in Spa apodiktisch gefordert hatte, was zu einem Eklat führte, sondern vielmehr der „Wille zum Aufbau“ sollte die vom Krieg katastrophal geschädigte Wirtschaft Europas sanieren: „Eine Politik des sinnlosen Widerstandes werden wir nicht führen, sondern eine Politik der ruhigen und zuverlässigen Erfüllung der Verpflichtungen, soweit es eben möglich ist, nicht weiter.“<sup>49</sup> Dies alles könne nur gelingen mit amerikanischer Hilfe: „Es ist ferner zu hoffen, daß der große Staat jenseits des Ozeans [...] erkennen wird, daß die Zustände Europas nicht geheilt werden können, wenn ein Komplex von der Riesengröße Amerikas fernbleibt.“ Mit Nachdruck forderte Rathenau die USA auf, endlich ihre wirtschaftliche und politische Führungsrolle in Europa wahrzunehmen.<sup>50</sup>

Auch war Rathenau bestrebt, das an die Peripherie der Staatenwelt gedrängte bolschewistische Russland möglichst bald in die europäische Wirtschaft und Staatengemeinschaft zurückzuholen. Denn eine stabile Nachkriegsordnung und Rekonstruktion der Weltwirtschaft wäre ohne Deutschland und Sowjetrußland nicht möglich. Internationale Wirtschaftsbeziehungen waren seiner Meinung nach die beste Voraussetzung für eine friedliche Staatensolidarität.<sup>51</sup>

In diesem Politikverständnis erhielt Rathenau vom britischen Premier Lloyd George Unterstützung. Dessen Ziel war der wirtschaftliche Wiederaufbau und die politische Befriedung Europas vom Atlantik bis zum Ural, so dass nun auch das bolschewistische Russland auf die politische Agenda kam und den bereits in der Endphase des Krieges aufgekommenen Gedanken der Bildung eines Syndikats zur wirtschaftlichen Erschließung Russlands, diesmal allerdings unter internationaler Beteiligung, wiederbelebte.

Die Sowjets lehnten jedoch die auch von Deutschland angebotene „internationale Hilfsmaßnahme“ in richtiger Einschätzung der wahren Absichten ab. Sie baten vielmehr die Alliierten, eine Lösung für die ehemaligen Schulden bzw. Auslandsguthaben herbeizuführen. Der britische Premierminister

49 Ders.: Rede in einer Versammlung des badischen Landesverbandes der Deutsch-Demokratischen Jugend, gehalten in Mannheim am 27. Oktober 1921. In: Ebd., S. 277.

50 Ders.: Rede auf einem Gesellschaftsabend des Hamburgischen Ausschusses für den Aufbau der Friedenswirtschaft, gehalten am 7. Juli 1921. In: Ebd., S. 215.

51 Vgl. in gleichem Sinne Harry Graf Kessler in einem Gespräch mit Albert Einstein am 14.2.1921: »Ich sagte, unsere Wünsche gingen dahin die Reparationsfrage aus dem engebrenzten deutsch-französischen Rahmen herauszunehmen und wieder zu einem Teil zu machen des grossen Problems des Weltwirtschafts-Wiederaufbaus, oder zumindest des Wiederaufbaus Europas mit Einschluss von Russland. Denn nur auf diesem breiteren Boden sei sie lösbar. Wir betrachten sie ferner als eine Frage, die nicht blos Frankreich, Deutschland u. England angehe, sondern alle Völker, auch die Neutralen.« In: In: Harry Graf Kessler, Das Tagebuch Bd. VII: 1919-1923. Hrsg. von Angela Reinthal unter Mitarbeit von Janna Brechmacher und Christoph Hilde. Stuttgart 2007, S. 352.

Lloyd George und sein französischer Kollege Aristide Briand beantworteten diese Bitte mit dem Vorschlag, eine internationale Wirtschaftskonferenz in Genua einzuberufen, auf der alle anstehenden Probleme gelöst werden sollten. Auch die beiden „Paria-Mächte“ Deutschland und Sowjetrußland wurden eingeladen, um eine Gesamtlösung für die europäische Wirtschaft zu finden. Obwohl damit das internationale Rußland-Geschäft gescheitert war, bemühten sich sowohl Moskau als auch Berlin, ein einseitiges Zusammengehen des anderen mit den Westmächten zu verhindern.

Noch vor Rathenaus Ernennung zum Außenminister am 30. Januar 1922 wurden deutsch-russische Sonderverhandlungen aufgenommen mit dem gemeinsamen Ziel, sich gegenseitig Vorkriegsschulden zu erlassen. Besonders bestrebt war die deutsche Seite, Rußland zu bewegen, auf Reparations-Ansprüche nach Artikel 116 des Versailler Vertrages, zu verzichten.

Die Sowjets signalisierten im Frühjahr 1922, an einer Klärung der deutsch-sowjetischen Beziehungen interessiert zu sein, und regten darüber hinaus ein Handelsabkommen an. Der Weg nach Rapallo zeichnete sich hier bereits ab. Rathenau hingegen befürwortete eine Politik der kollektiven Verständigung besonders mit den Westmächten und lehnte es ab, sich ganz nach Rußland bilateral zu orientieren, weil er dem bolschewistischen Regime skeptisch gegenüberstand und auch den Konflikt mit den Westmächten vermeiden wollte.

Allerdings wurde sein Bemühen um eine kollektive Außen- und Sicherheitspolitik nicht von den Westmächten mit Entgegenkommen in der Reparationsfrage belohnt – Frankreich ließ dieses Thema von der Agenda der Weltwirtschaftskonferenz nehmen, und die USA waren gar nicht in Genua vertreten. Da Rathenau eine außenpolitische Isolierung fürchtete, gab er in diesem Dilemma einer seiner Überzeugung entgegengesetzten Position, die von der Reichswehr, der Ostabteilung im Auswärtigen Amt unter Ago von Maltzan, aber auch von Reichskanzler Wirth vertreten wurde, und die ein bilaterales Abkommen mit Moskau befürwortete, schliesslich nach.

Der Vertragsabschluss von Rapallo, der wie eine Bombe einschlug und die Konferenz von Genua zu sprengen drohte, wurde in Deutschland von den Befürwortern einer „aktiven“ und damit besonders antipolnischen Ostpolitik bejubelt, glaubten sie doch, durch diesen Schritt eigene Handlungsfähigkeit zurückgewonnen zu haben, die dazu beitragen könnte, eine erfolgreiche Revision des Versailler Vertrages zu betreiben und darüber hinaus langfristig die ehemals innegehabte deutsche Großmachtposition wiederherzustellen.

Der bilateral geschlossene Rapallo-Vertrag bedeutete für Rathenau einen Notbehelf und entsprach keineswegs seiner kollektiven Verständigungs- und

Sicherheitspolitik. Dieser erschwerte einen außenpolitischen Neuanfang und blockierte einen Paradigmenwechsel in den internationalen Beziehungen.<sup>52</sup>

Rathenau vertrat hingegen eine „republikanische“, liberale Außenpolitik, die keineswegs auf Machtbildung verzichtete, jedoch deren ökonomische Variante den Vorzug gab. Der Macht- bzw. Militärstaat sollte in einen Handelsstaat übergeführt, die zerrüttete anarchische Struktur der Staatengemeinschaft in vernünftige Bahnen gelenkt und in ein internationales System kollektiver Sicherheit übergeführt werden. Da die moderne Ökonomie arbeits- teilig angelegt und global ausgerichtet ist, erhielt sie für Rathenau auch eine friedensstiftende, konfliktabbauende Funktion zugewiesen. Frieden durch parlamentarische Demokratie im Innern und Freihandel, gepaart mit der Ein- bindung in das internationale Staatensystem nach Außen, lautete demnach seine Botschaft des liberal-republikanischen Modells.<sup>53</sup>

Daran anknüpfend trat Rathenau für eine liberale Wirtschaftsaußenpolitik und eine auf internationaler Rechtsordnung beruhende Neuorientierung der deutschen Außenpolitik ein. Nicht mehr die tradierte militärische Machtpolitik als Mittel der Konfliktlösung sollte für ihn bestimmend sein, sondern der alternative Ansatz, der zu einer Zivilisierung und Schlichtung der Nach- kriegskonflikte durch Gewaltverzicht, Konferenzdiplomatie und wirtschaftliche Kooperation führen sollte. Die nach Westen ausgerichtete, aber auch auf einen Ausgleich mit Sowjetrußland bedachte Entspannungspolitik, wie sie dann Stresemann vertrat, wurde von Rathenau als Außenminister vorbereitet und trug letztlich zur Umorientierung der deutschen wie der gesamten europäischen Außenpolitik bei.<sup>54</sup>

Dieses Ziel ließ sich jedoch in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum realisieren. Zu sehr dominierten nationale Interessen, die eine stabile und ausbalancierte internationale Friedensordnung in Europa verhinderten.

52 Vgl. dazu Wolfgang Michalka: Rathenaus blockierter Weg in die Politik. In: Sven Brömsel u. a. (Hrsg.): Walther Rathenau im Netzwerk der Moderne. Berlin/Boston 2014, S. 199-223.

53 Siehe dazu die oben in Anm. 40 angeführte Literatur.

54 Niedhart: Geschichte (wie Anm. 47), S. 91 ff.